

Polnische Pressestimmen

Uebersetzungen aus den stets neuesten polnischen Zeitungen aus Kongresspolen, Posen, Westpreußen u. Oberschlesien auch unter Berücksichtigung der Berliner, Danziger u. westdeutschen polnischen Zeitungen.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Bezugspreis mit Bestellgeld monatlich RM. 10,00, vierteljährlich RM. 30,00.

Verlag: „Polnische Pressestimmen“. Schriftleitung: Max Bornme.
Druck: Schlesiens Volkszeitung, Druckerei und Verlag, G. m. b. H.
Sämtlich in Breslau. Postfachkonto des Verlags Nr. 28 444.

Nr. 123.

Breslau, den 5. November 1921.

3. Jahrgang.

Vernünftige polnische Stimmen drängen immer mehr zu einer wirtschaftlichen Verständigung mit Deutschland. Der „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ schreibt, daß es endlich Zeit ist, eine reale nüchterne Politik zu betreiben.

Politische Umschau.

General Żeligowski ordnet die Landtagswahlen im Wilnaer Lande für den 2. Dezember an.

(„Kurjer Polski“, Warschau, vom 30. Oktober 1921, Nr. 295.)
Wilna. P. M. L. Für die Mitte der nächsten Woche wird ein Erlaß des Generals Żeligowski erwartet, der die Verordnung vom 21. Oktober über die Wahlordnung aufhebt.

Durch diesen Erlaß werden Wahlen für den Wilnaer Landtag für den 2. Dezember d. J. angeordnet. Die Wahlordnung wurde gemeinsam von General Żeligowski und dem Wollzugsrat der Kreisliga ausgearbeitet. Der endgültige Text wurde von der bisherigen Regierungskommission in einer am 28. d. Mts. stattgefundenen Sitzung festgelegt. Auf Grund dieses Befehles steht das aktive und passive Wahlrecht allen Bürgern beiderlei Geschlechts zu, die vor dem 1. November 1921 ihr 21. Lebensjahr vollendet haben, ohne Unterschied des Wohnortes und der Zeitdauer. Nach dieser Wahlordnung entsinkt ein Abgeordneter auf 7000 Einwohner.

Zum Generalwahlkommissar wurde Herr Winzenc Łuczynski ernannt. (P. P.)

Die polnische Regierung bewegt General Żeligowski zu einem vorübergehenden Rücktritt während der Zeit der Wahlen, von seinem Posten als Oberbefehlshaber des Wilnaer Landes.

(„Ilustrowany Kurjer Codzienny“, Krakau, v. 31. Oktober 1921, Nr. 296.)
Warschau, 29. Oktober. In politischen Kreisen wird von der Möglichkeit gesprochen, daß die polnische Regierung General Żeligowski wird erlauben müssen, von der bisher eingenommenen Stellung für die Zeit der Durchführung der Wahlen für die Vertretung Mittellauens zurückzutreten. Der Zweck dieses Schrittes wäre, Europa die Garantie dafür zu geben, daß die Wahlen ohne Ausübung irgendeines Druckes durchgeführt würden. Angesichts der Loyalität des Generals Żeligowski kann man erwarten, daß er dem Wunsch der polnischen Regierung Genüge tun wird. Unsere Regierung wird diesen Wunsch jedoch nicht ohne die vorherige Zustimmung zum Ausdruck bringen, daß die Mächte nach dem Rücktritt des Generals Żeligowski die politischen Konsequenzen der Wahlen anerkennen werden. (P. P.)

Die Sowjetregierung mobilisiert.

(„Ilustrowany Kurjer Codzienny“, Krakau, v. 31. Oktober 1921, Nr. 294.)
Riga. P. M. L. Laut Berichten aus Moskau wurde ein Erlaß über die Einberufung von fünf Jahrgängen für die Mitte des November veröffentlicht. Befreit vom Dienst werden nur diejenigen, die in der Armee die vorgeschriebene Zeit abgedient haben. (P. P.)

Wichtige Bestimmungen des polnisch-litauischen Vertrages.

(„Ilustrowany Kurjer Codzienny“, Krakau, v. 31. Oktober 1921, Nr. 296.)
Warschau, 29. Oktober. Der polnisch-litauische Vertrag enthält u. a. folgende sehr wichtige Bestimmungen:
1. Gegenseitige wohlwollende Neutralität für den Fall eines Angriffs seitens der Nachbarn.
2. Durchfuhr und Recht des Ankaufs von Munition.
3. Eine gemischte Kommission mit beratender Stimme in Angelegenheiten, die die nationalen Minderheiten betreffen. (P. P.)

Ein Anschlag der Bolschewiken gegen General Żeligowski.

(„Naprzód“, Krakau, vom 31. Oktober 1921, Nr. 247.)
Aus Zentrallitauen.
Warschau. Es kreisen hier Gerüchte, daß die Bolschewiken einen Anschlag gegen General Żeligowski planten. Der Anschlag wurde vereitelt. (P. P.)

Innere Angelegenheiten.

Die Bedeutung des Belles Lembergs und Ostgaliziens für Polen.

(„Dziennik Poznański“, Posen, vom 1. November 1921, Nr. 233.)
Posen — Lemberg.
Nach der Erledigung der obereschlesischen Frage und während der Entscheidungszeit der Wilnaer Frage stehen wir vor der schwierigsten Aufgabe Ostgaliziens, nämlich, einem scheinbar nur inneren Problem, das es mit seinem ganzen Nerventumplex sehr empfindlicher Natur mit dem verwideltsten und reizbarsten

Problem unserer Auslandspolitik verbunden ist. Es ist dies die Frage der Einrichtung des östlichen Teiles Kleinpolens, oder des sogenannten Ostgaliziens — eine ruthenische Frage.

Wir wollen noch bemerken, daß diese Frage besonders in den westlichen Gebietsteilen wenig bekannt ist und sogar auch bei uns wenig populär ist, und wenn wir ihre ganze Ausdehnung in Betracht ziehen wollen, leider sehr schwach durchdacht ist. Eigentlich müßte man mit dem ABC beginnen, fast mit den Schulrechenungen, mit der Erfassung und Popularisierung von Argumenten, nicht nur damit sie zu Ausgangspunkten der Erwägungen über die ruthenische Frage, oder wie sie heute genannt wird, die ukrainische Frage würden, sondern damit unsere weitestgehende Allgemeinheit sich der großen Bedeutung dieser Frage, ihre vor der Teilung so tragische Rolle und in unserer Zukunft erstklassige und über die staatliche Existenz Polens vielleicht entscheidende Rolle bewußt werde.

An unserer westlichen Grenze haben uns die Unbeweglichkeit und die unvorstelligen Kompromisse unserer passiven Politik Oberschlesien und Pommern genommen — im Osten dagegen wurden die ukrainischen Stürme, die eine Teilungsakathrope eingeleitet haben, durch die Sünden und Fehler unserer aktiven Politik hervorgerufen. Die historische polnische Republik begann schon im 17. Jahrhundert an der Moskauer Grenze zu verderben, in den litauisch-ruthenischen Gebieten schloß sich der uns von allen Seiten umringende eiserne Ring des preussisch-russischen Bündnisses und von dort kam auch der Tod. Die Schrecken dieses „Memento“ haben die Bedingungen nicht verringert, die der große Krieg und der Berliner Kongress hervorgerufen hat, im Gegenteil, sie wurden verstärkt, indem sie zum Abgrund die Ansicht klopelten, daß wir den bisherigen Lauf der Geschichte mit Hilfe eines einfachen Hinüberwerfers der Passivität und der Tat von einem Ende des Staates zum andern ändern, daß wir im Westen wachen, kämpfen und erobern müssen, in den litauisch-ruthenischen Gebieten aber, „Ostgalizien“ nicht ausgeglichen, würde ein passives kompromittierendes Glückwörtchen genügen, das nicht die historischen Perspektiven berücksichtigt, sondern die grauen Bedürfnisse der laufenden Tage. Man kann nichts Falscheres, nichts Gefährlicheres — besonders für die Dauerhaftigkeit unseres Bestehens in Oberschlesien und Pommern — als solche Konzeption erkennen. Denn wenn die Motoren der polnischen westlichen Aktion sich unelgbar aus dem Behälter unserer Energie und unseres vernünftigen Unternehmungsgeistes nähren müssen, so liegen die Sicherungen, die die Zweckmäßigkeit und Dauerhaftigkeit dieser Aktion garantieren, in unseren Ostgebieten und werden sich im Laufe der Zeit immer unabhängiger von dem Besitz Wilnas, Lembergs, und der Hornjalanie und von einer erfolgreichen Lösung des Dilemmas der Beziehungen zu dem russischen, evtl. russisch-ukrainischen Nachbarn machen.

Das Problem der litauisch-ruthenischen Gebiete, mit denen das Schicksal Ostgaliziens sehr eng verbunden ist, ist nicht nur ein Wirtschaftsprüfung, sondern vor allem ein Staatsproblem. Da von einer günstigen oder ungünstigen Lösung dieser Frage nicht nur die Ausdehnung unseres staatlichen Territoriums, sondern auch unsere reale Unabhängigkeit abhängig ist, die gestützt ist nicht auf der Kraft der Garantie und Schutzverträge, die der Weltverband an die kleinen Staatsgebilde verschwendet, die der genügenden Anzahl von Lebensquellen entbehren, sondern auf der inneren vollen Kraft, die die wahre Selbständigkeit schafft und verleiht.

Wenn Oberschlesien und Pommern, die in nationaler Beziehung uns bereichern, die Wirtschaftswerte Polens bedeutend vergrößern, so wird der Besitz Ostgaliziens und der litauisch-ruthenischen Gebietsteile, unabhängig von ihren wirtschaftlichen Werten, über seine Staatsmacht und den dauernden Wert in seiner internationalen Stellung entscheiden.

Wir müssen uns also des durch die vielen Jahrzehnte eingewurzelten „Desinteresses“ bezüglich der sogenannten ferneren Gebiete entledigen, dessen eingebildete, daß die Wehr im Osten nur dann etwas Reales sein wird, wenn sie durch die Bereitschaft der gegenüberliegenden Grenzgebiete sich heben und wenn sie von einer dauerhaften Linie vernünftiger gegenseitiger Ostfragen gestützt wird.

Zu dieser Frage werden wir bald und oft zurückkehren. Heute möchten wir nur den altpolnischen Charakter derjenigen Faktoren betonen, die sich in dem nur scheinbar ferngelegenen Lemberg konzentrieren. (P. P.)

Vernünftige polnische Stimmen drängen immer mehr zu einer wirtschaftlichen Verständigung mit Deutschland. Der „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ schreibt, daß es endlich Zeit ist, eine reale nüchterne Politik zu betreiben.

(„Ilustrowany Kurjer Codzienny“, Krakau, v. 31. Oktober 1921, Nr. 296.)
Um eine wirtschaftliche Verständigung mit Deutschland. Es ist Zeit für eine reale, nüchterne Politik.

Die Zukunft Oberschlesiens, seine wirtschaftliche Entwicklung, seine ausgezeichnete Verwaltung — dies ist die wichtigste Sorge, mit der unsere junge Republik kämpfen muß. Eine kluge, ver-

nünftige Verwaltung einerseits, finanzielle Hilfe Frankreichs andererseits und endlich eine wirtschaftliche Verständigung mit Deutschland — dies sind die Bedingungen, von denen die Zukunft dieses reichen Landes abhängt.

Bestern erst schreiben wir, daß nach Oberschlesien die besten Leute unter uns, die tüchtigsten Ingenieure, die tüchtigsten Beamten und Professoren geschickt werden müssen. Für Durchschnittsmenschen ist dort kein Platz. Andererseits dürfen die Worte Korjantys in Krakau nicht vergessen werden, der für eine Politik der Mäßigung, der Vernunft, der Ehrlichkeit und der Erfahrung im polnischen Teile Oberschlesiens eintrat. Der Meinung des Herrn Korjanty nach müsse man den Deutschen gegenüber eine Politik der Versöhnung führen. Qualifizierte Deutsche, die in der Industrie arbeiten, wie Bergleute, Chemiker, Beamte usw., müssen auf den von ihnen bekleideten Posten bleiben, sie können weiter arbeiten für die Entwicklung der Industrie, für ihr eigenes und unser Wohl. Die Befestigung von Fachleuten wäre ein Fehler. Diese Überzeugung wird von der ganzen polnischen öffentlichen Meinung geteilt.

Wie bekannt, hat sich Frankreich mit Deutschland in Wiesbaden über die Frage des Wiederaufbaus verständigt. Wir müssen dem Beispiel Frankreichs Folge leisten und eine Verständigung mit Deutschland suchen, sowohl in wirtschaftlichen Fragen, als auch in der obereschlesischen Frage. Weber die Deutschen noch die Polen dürfen es gestatten, daß der Wirtschaftsorganisimus in Oberschlesien wegen der Verringerung der Grenze zugrunde ginge. Solch eine Verständigung wird für beide Parteien von Vorteil sein. Denn ein Wirtschaftsvertrag ist sowohl für die Deutschen als auch für die Polen notwendig. Es handelt sich darum, daß diese brutale Wahrheit sowohl in Polen als auch in Deutschland Verständnis fände. Es ist Zeit für eine reale und nüchterne Politik. Wir sind zu arm für eine einseitige nationalpolitische Politik. Andererseits müßten die Deutschen auch einsehen, daß eine gemäßigtere Politik Polen gegenüber, ihrem Staate großen Nutzen bringen dürfte.

Unlängst wurde in Warschau der erste Teil des Wirtschaftsvertrages mit den Tschechen unterschrieben. Wir sind der Ansicht, daß wir solch einen Vertrag mit Deutschland nötiger haben. Dies bezieht sich ebenso auf die Eisenbahnfragen, als auch auf die Wirtschaftsfragen. Wir sind der Ansicht, daß ein vernünftiger, von Fachleuten aufgestellter Wirtschaftsvertrag mit Deutschland für uns günstiger und praktischer in jeder Beziehung sein wird, da wir die Tschechen nicht so sehr nötig haben.

Sie haben in den gefährlichsten Augenblicken die Türen vor uns verschlossen, sie haben uns gewürgt und in den kritischsten Zeiten schikaniert, sie haben uns den Verkehr mit dem Westen erschwert, deshalb ist es auch jetzt Zeit, sobald wir die schlimmsten Zeiten überstanden haben und zu uns gekommen sind, daß wir uns nach solchen wirtschaftlichen Konjunkturumfahrungen, die für uns die billigen und vorteilhaftesten und die praktikabelsten sind.

In der Politik entscheidet das Interesse. Ein Beispiel liefert uns in dieser Beziehung Frankreich, dessen Politik: Meister der Realpolitik sind.

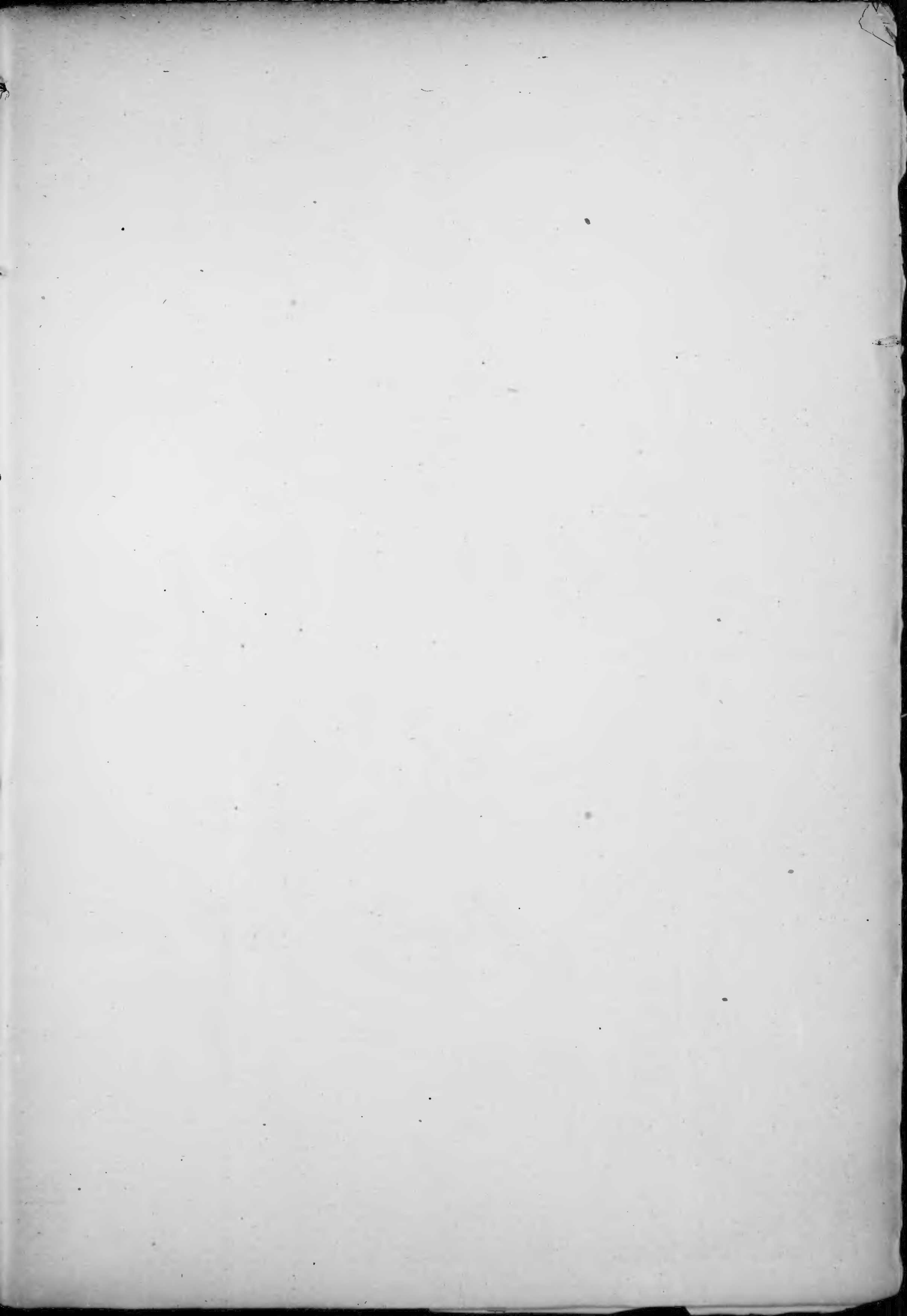
Unzweifelhaft wird das französische Kapital uns zu Hilfe kommen bei der Ausbeutung der Schwerindustrie in Oberschlesien, jedoch wird das französische Kapital selbst nicht genügen, wenn es keinen vernünftigen Wirtschaftsvertrag mit Deutschland geben wird, der unsere Interessen wahren würde. Es handelt sich darum, daß bei den Deutschen die Vernunft und die Mäßigung Oberhand gewinne und daß der wilde kapitalistisch-preussische Chauvinismus nachlasse. Auf polnischer Seite wird es sicherlich nicht an gutem Glauben fehlen, daß solch eine Verständigung im beiderseitigen wirtschaftlichen Interesse zustande kommen werde. (P. P.)

Wirtschaftspolit. Nachrichten.

Der Handel der polnischen Industrie mit dem Osten.

(„Kurjer Warszawski“, Warschau, vom 30. Oktober 1921, Nr. 800.)
Im Verein polnischer Kaufleute fand eine Informationsversammlung in der Angelegenheit der Organisation von Aktien-Gesellschaften für den Handel mit dem Osten, insbesondere mit Rußland statt.

Die Initiatoren, die sich der großen Bedeutung bewußt sind, die der Handel mit Rußland nicht nur in Zukunft, sondern auch gegenwärtig besitzt, die aber auch die Schwierigkeiten im Auge haben, die sich aus der politischen und finanziellen Lage Rußlands ergeben, haben den Beschluß gefaßt, eine Handelsorganisation ins Leben zu rufen, die alle Handels- und Industrieunternehmen vereinen würde, die an den Handelsbeziehungen mit Rußland interessiert sind. Die Anknüpfung von Handelsbeziehungen durch Einzelpersonen ist gegenwärtig unmöglich. Andererseits ist bei der gegenwärtigen Entwicklung unserer Handels und der Industrie die Eroberung der Absatzmärkte eine Notwendigkeit. Die Organisation kann für die polnische Industrie und den polnischen Handel das werden, was die Ver-



einige Gruppe der deutschen Kaufleute und Industriellen, mit Stinnes an der Spitze, für das Deutsche Reich ist.

Wenn die Organisation eine bedeutende Anzahl von Handels- und Industrieunternehmen vertreten wird, wird sie sowohl gegenüber den Behörden, als den Kontrahenten, Ansehen genießen, was wiederum zur weiteren Entwicklung der Gesellschaft beitragen kann.

Das Aktienkapital wurde auf eine halbe Milliarde polnischer Mark in zwei Serien zu 250 Millionen polnischer Mark festgesetzt. 50 Prozent der Aktien der ersten Serie müssen im Laufe von 6 Monaten nach Veröffentlichung des Statuts eingezahlt werden. Die übrigen 50 Prozent im Laufe der nächsten sechs Monate. Die zweite Serie muß spätestens im Laufe des nächsten Jahres gedeckt werden. Die Aktien sind in der Höhe von 50 000 polnischen Mark gebildet, wobei zehn Aktien das Recht einer Stimme gewähren. Aktionäre können nur Firmen sein.

Zum Tätigkeitsbereich der Aktiengesellschaft gehören außer Handelsoperationen für eigene Rechnung und Kommissionen für Export, Import und Transit auf:

- a) Errichtung von Magazinen, Elevatoren, Kühlräumen, Behältern und anderen Einrichtungen zur Verladung und Aufspeicherung der Waren;
- b) Einlagerung der Waren und Gewährung von Anleihen auf Waren;
- c) Bau und Ankauf von Eigentum und Pachtung von Transportmaterial.

Eine der ersten Bedingungen für den Beginn der Tätigkeit der Gesellschaft ist für Polen die Erhaltung eines Äquivalents für die Entsendung von Waren nach Ausland im Voraus. Dieses Äquivalent kann die Gesellschaft nicht anders als durch Garantie der letzten polnischen Faktoren erhalten.

Die Belegung des Handels mit Russland würde eine starke Nachfrage nach polnischer Währung unter den russischen Handelsorganisationen hervorrufen, was zur Hebung der polnischen Mark beitragen würde.

Wie bemerkt wurde, muß obige Aktion möglichst bald begonnen werden, und zwar aus Rücksicht auf die bevorstehende Krise in der Handels- und Industrie, als auch auf die Bemühungen anderer Staaten, den Ostmarkt für sich zu erobern. Wir, als die nächsten Nachbarn Russlands, haben die größten Aussichten auf die Eroberung dieses Marktes.

Die Gesellschaft wird bald gegründet werden und ihre Tätigkeit beginnen, wenn nur das Ministerium für Handel und Industrie und das Finanzministerium ihre Unterstützung nicht verweigern werden.

Das Statut der Gesellschaft ist den Behörden zur Bestätigung vorgelegt worden. (P. P.)

Das Verbot des Abschlusses von Verträgen in fremder Währung in Polen.

(„Naprzód“, Krakau, vom 31. Oktober 1921, Nr. 247.)

Warschau. Der Finanzminister wird dem Landtage demnächst ein Projekt vorlegen, das ein Verbot des Abschlusses von Handelsverträgen in Dollar und überhaupt in fremder Währung enthalten wird. (P. P.)

Danziger Angelegenheiten.

Die Bedeutung der Unterzeichnung des Polnisch-Danziger Wirtschaftsvertrages.

(„Naczelna Polska“, Warschau, vom 28. Oktober 1921, Nr. 294.)

Danzig und Oberschlesien.

Im Laufe der letzten drei Tage ist der Aufbau des wieder-aufstehenden polnischen Staates um zwei Ereignisse von sehr großer geschichtlicher Bedeutung vorgeschritten. Am Montag, den 24. Oktober 1921, trafen in Warschau die Vertreter der Freien Stadt Danzig, mit dem Präsidenten Sahn an der Spitze, zusammen und es wurde ein Vertrag unterzeichnet, kraft dessen Danzig zu einem Bestandteil des polnischen Wirtschaftsbezirks auf Grund einer strikt durchgeführten Zollunion, was in Verbindung mit der Beteiligung Polens an dem den Danziger Hafen verwaltenden Hafenrat und mit der Übertragung der Vertretung der Freien Stadt Danzig nach außen an Polen die Verbindung Danzigs mit Polen auf eine dauerhafte Grundlage legt. Am Dienstag, den 25. Oktober 1921 überreichte der polnische Gesandte Janowski in Paris eine Erklärung der polnischen Regierung, die die Entscheidung der Hauptmächte in der ober-schlesischen Frage annimmt, und am Mittwoch, den 26. Oktober 1921, bestätigte der polnische Landtag diesen Beschluß, der gewissermaßen eine Beglaubigung der Übernahme eines Teiles des ober-schlesischen Gebietes durch Polen ist. In unserer Geschichte werden diese beiden Ereignisse, die einerseits Danzig, andererseits Oberschlesien mit dem polnischen Staate verbinden, als Grenzpfähle im Zuge des Volkes Jahrhunderte hindurch empfunden.

Diese Ereignisse sind in der Tat so wichtig, daß ihre Bedeutung sich nur auf dem Grunde der Jahrhunderte erkennen läßt.

Danzig hatten wir in der Zeit von 1000—1300, verloren es im Jahre 1308 an die Kreuzritter, gewonnen es wieder im Jahre 1454, verloren es wieder im Jahre 1793, und jetzt nach abgeschlossenen Verträge hört wenigstens die wirtschaftliche Grenze zwischen der Freien Stadt und Polen zu bestehen auf und die erste unermesslich breite Scheidewand bricht zusammen, die sie bisher voneinander getrennt hat.

In der ober-schlesischen Frage aber ist die Annahme des Beschlusses der Hauptmächte durch Polen, der uns einen Teil dieses Landes wiedergibt, die erste staatsrechtliche Handlung Polens in Bezug auf das ober-schlesische Gebiet seit sehr langer Zeit, nämlich der Zeit seit dem Verzicht auf Oberschlesien seitens Kaisers des Großen im Jahre 1335.

Erst diese beiden Nebeneinanderstellungen beleuchten in gebührender Weise die große Bedeutung dieser beiden Ereignisse. Sowohl der Zoll- und Wirtschaftsvertrag mit Danzig, als auch die Zuerkennung eines Teiles Oberschlesiens stellt nur die Durchführung einiger Bestimmungen des Versailleser Vertrages dar.

Nach hier muß man fragen, welche polnische Politik uns zu diesem Versailleser Vertrag geführt hat, der viele Ungenauigkeiten enthalten kann und enthält, der aber auch ungewissheit eine reelle Grundlage für unsere Existenz ist und viel Gutes enthält, sobald uns ihm diese letzten großen Ereignisse hervorgehen.

Eine gewisse Vereinnahmung Danzigs mit Polen und die Einverleibung in Polen irgendeines Teiles Oberschlesiens ist ein Wert und die Frucht dieser unserer Politik, die sich während des Weltkrieges entschieden gegen Deutschland und Österreich wandte

und die Sache Polens mit der der Alliierten verbunden hat. Heute ist es bekannt, was Polen auf diesem Wege gewonnen hat.

Diese politische Richtung in Polen, die unter der Führung Raberewitsch und Dumowitsch und in entschiedener Ablehnung einer jeglichen anderen Politik die polnische Sache an die Westmächte angelehnt hat, hat dazu geführt, daß Polen als alliierter Staat anerkannt wurde, daß es zur Friedenskonferenz als eine der alliierten Mächte zugelassen wurde, daß es im Westen im allgemeinen die Grenze von 1772 und daneben eine sehr enge Verbindung Polens mit Danzig erlangt hat, das zu einer ganz deutschen Stadt geworden ist, und den unerschöpflichen Industriebezirk in Oberschlesien erhalten hat, der von Polen vor 600 Jahren rechtlich, in Wirklichkeit vor 800 Jahren abgefallen ist.

Dies sind Ergebnisse, große Ergebnisse, geeignet von der heutigen Generation und von den folgenden Generationen, beachtliche Ergebnisse, daß während des Weltkrieges nur wenige Polen es wagten, nur von etwas Annäherndem zu träumen, was geschehen ist.

Alles bis auf die letzten Rechte und Forderungen ist vorläufig nicht erlangt worden, aber es ist sehr viel erlangt worden.

Um voll und ganz zu begreifen, was erlangt worden ist, muß man nur daran erinnern, wie die polnische Sache heute aussehen würde, wenn sie im Sinne derjenigen Politiker und Gruppen geföhrt worden wäre, die sie mit Deutschland und Österreich verknüpfen, denen nicht nur der Gedanke an Oberschlesien nicht einleuchtet, die nicht nur von Danzig nicht träumen, sondern die auch zu Ende des Krieges als ein großes Übel den schmalen Kanal anjahen, der mit Danzig den angeblich polnischen kleinen Staat verbindet, welcher aus einem Teil des russischen Teilungsgebietes gebildet worden ist, und die sogar die Parole der Vortrennung Polens von Deutschland als eine Herausforderung der einzigen deutschen Verbündeten brandmarkten.

Die große Wahrheit wird dem polnischen Volke nichts verborgen, Danzig und Oberschlesien erinnern es an sie in diesen Tagen mit aller Ausdrucksfähigkeit. (P. P.)

Polnischer Landtag.

Die Beratungen der Verkehrskommission des Landtages über die Verkehrsschwierigkeiten, die sich für Polen durch die Übernahme der ober-schlesischen Eisenbahnen ergeben.

(„Gazeta Poranna“, Warschau, vom 29. Oktober, Nr. 294.)

Die Verkehrskommission hat die Berichte des Herrn Eisenbahnministers Sikorski über die Eisenbahnfrage in den Polen zugehörten Gebieten Oberschlesiens angehört. In dieser Beziehung ist die vom Völkervertrag gezogene Grenze eine sehr ungünstige: die geringe Oberfläche des Terrains des Industriebezirks erschwert den Umbau der dortigen Eisenbahnstreckenpunkte. Gegenwärtig werden Studien getrieben, um Verkehrsverbindungen zwischen Oberschlesien mit dem übrigen Polen heraufzustellen. In kürzester Zeit kann der Plan einer Verbindung von Lublin mit Kempten über Wielun angefertigt werden. Polen hat 700 Kilometer Eisenbahnlinie erhalten, hat jedoch keine einzige Eisenbahnverflechtung bekommen, da alle drei sich in Oberschlesien befindlichen Werkstätten in deutschen Händen geblieben sind.

Ferner hat die Kommission nach vorhergehender Diskussion eine vom Abg. Zabazynski (nationaler Volksverband) eingebrachte Resolution angenommen, in der die Bearbeitung einheitlicher Vorschriften für alle Eisenbahndirektionen bei Verpachtung von Werobjekten durch Verfeinerung verlangt wird. (P. P.)

Oberschlesische Angelegenheiten.

Die Tschechen wünschen an der Teilung Oberschlesiens teilzunehmen.

(„Naprzód“, Krakau, vom 27. Oktober 1921, Nr. 243.)

Die Tschechen erhalten einen Streifen von Oberschlesien? Prag. P. A. T. Der „Masine“ erzählt, daß ein Landstreifen von 30 Kilometer Länge und 7 Kilometer Breite zwischen der Oder und Bulzky mit 10 Gemeinden an die Tschechoslowakische Republik fallen soll. (P. P.)

Die weitere Hegtaktik der polnischen ober-schlesischen Presse.

(„Goniec Slaski“, Beuthen, vom 1. November 1921, Nr. 252.)

Achtung Landbesitzer!

Die Deutschen haben uns wegen der Teilung Oberschlesiens nach geschworen. Die Drohungen genügen ihnen nicht und die schwärzesten Prophezeiungen über das Schicksal Polens können ihnen Haß nicht befriedigen. In Berlin hat man daher einen Plan der Tätigkeit in Oberschlesien ausgearbeitet, um durch Verbreitung falscher Nachrichten das polnische und ober-schlesische Volk zu entzweien und ihren Patriotismus zu untergraben und zu schwächen.

Aus einer glaubwürdigen Quelle, für die wir jegliche Verantwortung übernehmen, erfahren wir, daß einer der bekanntesten deutschen Führer in Oberschlesien einer Person, die er für einen Deutschen gehalten hat, die Karten öfnete. Dieser Führer hat gestanden, daß die Deutschen folgende Taktik gegen uns beabsichtigen: Sie werden den Oberschlesier einreden versuchen, daß sie an ihnen großes Unrecht begangen haben, indem sie sie national unterdrückt und von jeglichen Rechten in der Verwaltung ihres Landes ferngehalten haben. Sie waren gerade im Begriff, diese Fehler wieder gutzumachen, als in Osn der Beschluß über die Teilung Oberschlesiens getroffen, der vom Völkervertrag bestätigt wurde. Lediglich die kurze Zeitspanne sei daran Schuld gewesen, daß die Deutschen ihre alten Absichten nicht durchführen konnten. Wenn Deutschland ganz Oberschlesien erhalten hätte, so würden sich die polnischen Oberschlesier darin wie im Paradies fühlen. Die Oberschlesier würden die höchsten Rechten bekleiden und die größten Ehren würden ihnen zuteil werden.

Sener unvorsichtige deutsche Herr hat auch ausgeplaudert, daß die deutsche Regierung durch die Presse und ihre Agenten ständig Gerüchte über eine angebliche Inflation von Polen aus Kongregpolen und Gollzigen nach Oberschlesien, über die beabsichtigte Befehl der höheren Beamtenstellen durch Polen und über Benachteiligung der geborenen Oberschlesier verbreiten

wird. Die planmäßige Verbreitung dieser Lügen sollte den Zweck haben, uns von Polen abzuschrecken. In uns sollte ein Widerwillen gegen das Land erweckt werden, um das wir seit Jahrhunderten gekämpft und nach dem wir uns so gekümmert haben. Daß es sich hier nicht um persönliche Ansichten jenes deutschen Politikers, sondern um systematische, in Berlin gut durchdachte Pläne handelt, dafür haben wir zahlreiche Beweise. Unlängst berichtete die „Kattowitzer Zeitung“ von einer Ueberflutung Oberschlesiens durch Kongregpolen und das „Berliner Tageblatt“ vom 27. Oktober klagt über unser Schicksal, da wir den Polen aus Kongregpolen, die uns Oberschlesier aus allen Elementen verdrängen werden, zum Opfer fallen werden. Das Organ der Berliner Börsemenchen bestätigt uns, daß Polen, indem es uns die Autonomie versprochen hat, uns betrogen hat, da es uns nicht eine weitgehende Autonomie gewähren wird, sondern uns mit einer Diktatur in der Form eines militärischen Generalgouvernements beglücken wird. In seiner Rede im Deutschen Reichstag hat Pfarrer Wliska, unser unerschöpflicher Feind aus Kattib, uns versichert, daß in Oberschlesien „keine schwere Kämpfe der vereinten polnischen und deutschen Oberschlesier gegen die Eindringlinge aus Kongregpolen beginnen werden, denn der polnisch-preussische Oberschlesier steht dem Deutschen doch viel näher als dem Polen.“

Täglich mehren sich die Zeichen, daß die Deutschen mit aller Gewalt eine nichtswürdige Kampagne der Inflationen, Lügen und Verleumdungen führen, um die brüderliche Eintracht Polens mit Oberschlesien zu schwächen und zu trüben. Seien wir daher stark und vernünftig und scheuten wir den deutschen Hebern kein Gehör. Denken wir daran, daß so wie wir Polen brauchen, Polen auch uns braucht. Glauben wir den deutschen Märchen über die Befehl der Beamtenstellen durch fremde Leute nicht, wir wissen doch, daß der erste polnische Völkervertrag in Oberschlesien ein geborener Oberschlesier sein wird, wir wissen ebenfalls gut, daß die höheren und niederen Beamtenstellen vor allem durch Oberschlesier besetzt werden. Nur in Ausnahmefällen, wenn keine qualifizierten Oberschlesier für diese Posten vorhanden sein werden, werden Sachleute aus anderen Teilen Polens berufen.

Die deutschen Lügen werden unseren Glauben und unser Vertrauen an Polen nicht erschüttern. Wir haben uns solange von den Deutschen nicht irreführen lassen und werden auch jetzt, wo wir den freudigen Augenblick der Befreiung erlebt haben, auf den Reim der Berliner Politiker und bezahlten Agenten nicht gehen. In der Einheit liegt die Macht! Wenn wir einig sein werden, dann werden die deutschen Intrigen uns keinen Schaden zufügen. (P. P.)

Der „Polak“, das Organ der nationalen polnischen Arbeiterpartei, über die Sitzung des deutschen Reichstages in der ober-schlesischen Angelegenheit.

(„Polak“, Kattowitz, vom 31. Oktober 1921, Nr. 251.)

Der Deutsche Reichstag hat die Senfer Entscheidung unter Vorbehalt angenommen. Es ist bekannt, daß Deutschland, dessen antipolnische Politik sich auf völlige Rechtlosigkeit gestützt hat, für sich das Recht beansprucht, in dem es alle jene Bestimmungen des Versailleser Friedensvertrages ausnimmt, die ihm die Möglichkeit geben, sich in irgendeiner Weise auf Gerechtigkeit zu berufen. Bis zum heutigen Tage ist das den Deutschen nicht besonders gelungen, zumal England, das noch umfänglich die Partei Deutschlands gehalten hat, heute vollkommen mit seinen Verbündeten isoliert. Die direkt tragische Erklärung des Abg. Wliska von der Tribüne des Reichstages, daß Deutschland heute fast von der ganzen Welt verlassen ist, kennzeichnet die Lage, in der sich Deutschland heute befindet.

Der Rücktritt des Reichstanzlers Wirth war eine Komödie, das neue Kabinett Wirth stützt sich auf dieselben Grundfälle, wie das alte. Heute werden von der Rechten bis zur Linken Stimmen laut, daß der Rücktritt der Regierung Wirth unnötig war, da sie auf das Ausland überhaupt keinen Eindruck gemacht habe. Dagegen trüben die nationalstiftlichen Kreise mit den Jähnen und fordern die Befragung aller jener, die den Verlust der reichsten Teile Oberschlesiens verschuldet haben. Die linksstehende Presse hat sich sofort diesem frommen Wunsch angeschlossen und fordert zuerst die Befragung Ludendorffs und seiner Helfershelfer, die an dem ganzen Unglück Deutschlands schuld sind. Bei dieser Gelegenheit arbeitet sowohl die eine als auch die andere Seite mit verschiedenen Inflationen, die uns Polen ebenso wie die Westmächte über die hundert Millionen, die die deutsche Regierung für Agitationszwecke ausgegeben hat, gleichgültig sein können. „Weg ist weg, hin ist hin“, singt man heute traurig in Berlin und fährt sich einander in die Haare. Dies alles zeugt am besten davon, welche Komödie die Deutschen in der ober-schlesischen Frage gespielt haben. Aber auch die letzte „festerliche“ Verwahrung des Reichstages gegen die „Rechtlosigkeit“ und „Bergewaltigung“, die die Senfer Entscheidung angeblich an Deutschland begangen hat, war eine Demonstration, die keinen Eindruck erweckt hat. Daher hat auch der Völkervertrag den Protest, den die deutsche Regierung an ihn gerichtet hat, nicht ernst genommen und der deutschen Regierung mitteilen lassen, daß er den deutschen Protest für nicht bestehend und als nicht zugehend betrachte. Die Deutschen haben kein Glück mit ihren Protesten, mit denen sie Genf und Paris oft einigemale am Tage überflutet haben und von denen eingeweihte Journalisten behaupten, daß sie ungeeignet in den Papierkorb gewandert sind. Der Reichstanzler Wirth mußte selbst eingestehen, daß gemäß dem Versailleser Friedensvertrag und dem Abstimmungsergebnis die Teilung Oberschlesiens durchgeführt werden mußte. Wenn Deutschland bei der Abstimmung nur 40 Prozent der Stimmen erhalten hätte, so hätte es ebenfalls diese Teilung verlangt, die ja übrigens im Versailleser Friedensvertrag vorgesehen war. Reichstanzler Wirth und die deutsche Regierung wissen ja selbst, welch großes Unrecht uns Polen widerfahren ist, dadurch, daß ganz polnische Kreise bei Deutschland geblieben sind. Warum wollen die Deutschen nicht endlich einmal der Wirklichkeit fest ins Auge schauen. Sie leben immer noch in ihrem Größenwahn, der sie in der ganzen Welt fächerlich macht.

Wenn wir die Demonstrationen und den Protest des Reichstages den ruhigen und sachlichen Erklärungen des polnischen Landtages gegenüberstellen, so muß man feststellen, daß unser Landtag über Deutschland einen moralischen Sieg davongetragen hat, indem er durch den Mund des Landtagsmarschalls Trampczynski auch die deutschen Mitbürger zur Mitarbeit aufrief, ihnen jegliche Rechte und den Schutz gegen irgendwelches Unrecht garantierend. Die deutsche Regierung wurde daher gut tun, wenn sie zur Beruhigung der Gemüter endlich an die Durchführung ihrer Verpflichtungen hinsichtlich der Autonomie in den bei Deutschland verbliebenen Teilen Oberschlesiens heranträte.

Aber die deutsche öffentliche Meinung wird von der deutschen Regierung und den deutschen Nationalisten auch weiter in der gleichen Überzeugung gehalten, daß den Deutschen großes Unrecht geschieht und daß früher oder später der Augenblick kommen wird, wo Oberschlesien wieder mit dem deutschen Vaterlande vereinigt werden wird. Wenn die „Ostdeutschen Morgenpost“ dem Obersten Poltsatz den guten Rat erteilt, den Geist der bei Deutschland verlebenden Polen nicht zu heben, so erscheint uns diese Ermahnung als eine Heuchelei, da gerade alle reaktionären Deutschen, die für eine Revanche eintreten, sich unter den Anhängern und Lesern der „Ostdeutschen Morgenpost“ befinden. Die Geschichte rächt sich heute an Deutschland, während sie uns Polen wenigstens zum Teil Gerechtigkeit widerfahren läßt. Mögen sich dies Ironie des Schicksals nennen, wir leben darin nur wunderbare Wege der Vorsehung Gottes. (P. P.)

Die Wahlen zu dem zukünftigen schlesischen Landtag.

(„Gazeta Robotnicza“, Katowitz, vom 1. November 1921, Nr. 248.)

Es ist an der Zeit, die Angelegenheit der Wahlen für den ersten schlesischen Landtag zu berühren. Vor allem muß die obereschlesische Bevölkerung mit den Bestimmungen des Wojewodschaftstatutes über den schlesischen Landtag bekannt gemacht werden.

Die betreffenden Bestimmungen des Statuts sind im Abschnitt III enthalten. Der Art. 12 bestimmt, daß der erste schlesische Landtag in einer allgemeinen, unmittelbaren, gleichen, geheimen Verhältniswahl gewählt wurde. Auf 25 000 Einwohner kommt ein Abgeordneter.

Die Einteilung in Wahlbezirke wird der Ministerrat in Warschau auf einen Antrag des vorläufigen Wojewodschaftsrates festsetzen. Die Wahlen für den schlesischen Landtag haben spätestens 80 Tage nach Ausrufung des Landes durch die polnischen Behörden stattfinden.

Die Wahlen werden gemäß der Wahlordnung stattfinden, die in der Republik Polen verpfichtet mit dem Vorbehalt, daß das aktive Wahlrecht jeder Person zusteht, die die polnische Staatsangehörigkeit besitzt und seit dem Tage der Ausrufung des Landes durch die polnischen Behörden in Oberschlesien anwesend ist. Sollten aus Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse Oberschlesiens gewisse Bestimmungen dieser Wahlordnung keine Anwendung finden, so wird sie der Ministerrat auf einen Antrag des vorläufigen Wojewodschaftsrates durch andere Bestimmungen ersetzen.

Wieviel Abgeordnete wird der erste schlesische Landtag haben?

Im gegenwärtigen Augenblick ist es schwierig, die genaue Zahl der Abgeordneten anzugeben, da die Zahl der Bewohner des Landes Oberschlesiens, den die Genfer Entscheidung Polen zugesprochen hat, noch nicht genau festgelegt ist. Die bisher angeführten Zahlen untercheiden sich, obgleich sie voneinander nicht sehr abweichen. Nach der einen Berechnung erhält Polen in Oberschlesien ungefähr 970 000 Einwohner. Abgeordneter Koriaty hat diese Zahl im Warschauer Landtag mit 1 020 000 angegeben. Wenn wir diese Zahl auf 1 000 000 abrunden, so würde Oberschlesien allein 40 Abgeordnete entsenden. Hinzu kommen noch Abgeordnete aus dem Teil der Schlesien, das ungefähr 200 000 Bewohner zählt und somit acht Abgeordnete wählen wird.

Die Zahl der Abgeordneten des schlesischen Landtages wird also 48–50 betragen.

Wer wird bei den ersten Wahlen das Stimmrecht besitzen?

Wie aus dem obenangeführten Wortlaut des § 13 des Wojewodschaftsrates zu ersehen ist, normiert dies die Wahlordnung des polnischen Landtages, nach der jede Person ohne Unterschied des Geschlechts, die das 21. Jahr vollendet hat, nicht aktiven Militärdienst ausübt, und das Bürgerrecht besitzt, wahlberechtigt ist.

Die Wähler müssen natürlich polnische Staatsbürger sein. Auf Grund des Art. 31 des Verfallers Vertrages erwerben alle Bewohner Oberschlesiens ohne Rücksicht darauf, wo sie geboren sind, die polnische Staatsbürgerschaft aus dem Recht selbst.

Bei der Aufstellung der Wählerlisten wird jeder Bewohner des Polen anerkannten obereschlesischen Gebietes als Wähler betrachtet werden — also auch die Deutschen, selbst, wenn sie die Ablicht hätten, innerhalb von zwei Jahren nach Ausrufung dieses Gebietes durch Polen für Deutschland zu optieren, d. h. vor einer Behörde die Erklärung abzugeben, daß sie auf die polnische Staatsbürgerschaft verzichten und Bürger der deutschen Republik werden wollen.

Wann müssen die Wahlen zum ersten Landtag stattfinden?

Dies wird davon abhängen, wann das Land von den polnischen Behörden übernommen werden wird. Im Sinne der Genfer Entscheidung muß zuerst ein wirtschaftlicher Vertrag zwischen Polen und Deutschland abgeschlossen werden, erst dann werden die polnischen Behörden im Laufe des nächsten Monats an die Übernahme des Polen anerkannten Gebietes herantreten können.

Die wirtschaftlichen Verhandlungen werden wahrscheinlich nicht so bald beendet sein. Vorläufig haben sie noch nicht einmal begonnen. Es werden bei diesen Verhandlungen ungemein wichtige wirtschaftliche Probleme geregelt werden müssen. Sie werden von beiden Seiten gründlich besprochen werden. Aus diesem Grunde werden sie wahrscheinlich auch sehr lange dauern. Sobald aber die Übernahme des Landes durch die polnischen Behörden erfolgen wird, werden auch die Landtagswahlen im Laufe von 80 Tagen stattfinden müssen.

Es können noch 5, 6 und sogar noch mehr Monate verfließen, bevor der erste Landtag der Wojewodschaft Schlesien aus demokratischen Wahlen hervorgeht.

Wir haben bis dahin noch sehr viel Zeit. Wir machen aber die Anhänger unserer Partei auf sie schon sehr aufmerksam. Der größte Teil der Wähler werden Arbeiter sein. Der Wahlkampf wird vor allem im Arbeiterlager ausgefochten werden. Dieses Lager ist nicht einheitlich, da ein Teil der Arbeiter der polnischen nationalen Arbeiterpartei und ein anderer der poln. sog. Partei angehört.

Wir müssen schon heute Vorbereitungen treffen, um bei den Wahlen die meisten Stimmen zu erhalten.

Zu diesem Zweck muß jeder Augenblick ausgenutzt werden, um unsere Parteiorganisation möglichst auszubauen.

Von dem Stand unserer Organisationen in den einzelnen Ortschaften wird unser Erfolg bei den Wahlen abhängen. Sammeln wir schon jetzt einen Wahlfonds. Genossen, unterstützt uns in unserer Bestrebung und zeichnet nach Möglichkeit für diesen Fonds.

Wir sind die Partei des arbeitenden Volkes. Mit unseren schwer erarbeiteten Groschen müssen wir den Wahlkampf ausfechten. Unterstützung von auswärtigen haben wir nicht zu erwarten, sondern wir müssen alles mit eigenen Kräften und Mitteln durchführen. (P. P.)

Die polnische Regierung wünscht die Beibehaltung einer Filiale der deutschen Reichsbank in Oberschlesien zwecks Versorgung Oberschlesiens mit deutscher Valuta.

(„Zustromowy Kurjer Godziny“, Krakau, v. 31. Oktober 1921, Nr. 296.)

Die Bestimmungen über den Umlauf der deutschen Mark in Oberschlesien.

Warschau, 29. Oktober. Der polnische Bevollmächtigte in der Kommission (für den obereschlesischen Vertrag), Olszowski, trifft Vorbereitungen zur Ausübung seiner Funktion. Zu diesem Zweck konfektiert er mit Sachverständigen, u. a. auch mit dem Abgeordneten Koriaty.

In politischen Kreisen macht man darauf aufmerksam, daß die Bestimmungen, die den Umlauf der deutschen Mark in Oberschlesien betreffen, als eine Pflicht zu verstehen sind, die nur Deutschland auferlegt wurde, damit es die deutsche Währung in genügender Menge zur Verfügung stelle. Die polnische Regierung kann zur Lieferung einer Währung nicht gezwungen werden, die sie nicht besitzt. Deutschland wird daher gezwungen sein, in Oberschlesien während der Ubergangszeit eine Filiale der Reichsbank zu erhalten.

Die zweite Angelegenheit, die unsere Abordnung energisch verteidigen wird, ist die Frage der nationalen Minderheit. Wie aus dem Schreiben Briand's hervorgeht, ist die Bestimmung über die Rechte der Minderheiten nicht fakultativ, sondern obligatorisch. Der deutsche Bevollmächtigte, Dr. Schiffer, war früher Weizsacker, Finanz- und Justizminister und gehört der deutschen Demokratie an. Der zusammen mit ihm arbeitende Lenard ist ehemaliger Direktor des Departement im deutschen auswärtigen Amt und Spezialist für polnische Fragen. Beide Delegierte sind Juden und gelten als gemäßigte Politiker. (P. P.)

Der Protest der polnischen Sozialisten gegen den Beschluß der zweiten Internationalen in der obereschlesischen Angelegenheit.

(„Robotnik“, Warschau, vom 29. Oktober 1921, Nr. 292.)

Der Volksgauschuß der II. Internationalen hat am 24. dieses Monats gegen den Genfer Beschluß in der obereschlesischen Frage einen Protest veröffentlicht. Der Volksgauschuß betrachtet die Genfer Entscheidung als verfehlt sowohl in politischer als auch wirtschaftlicher Hinsicht. Oberschlesien kann — nach Ansicht des Volksgauschußes — nicht geteilt werden, da dies einen politischen Kampf und einen Stillstand in der Industrie hervorgerufen hätte. Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Genfer Beschlusses sind nicht durchführbar. Dazu kommt noch, daß die große Ungerechtigkeit, die sich in der Abtretung der Städte Katowitz und Königshütte an einen Staat äußert, gegen den der größte Teil der Bewohner dieser Städte gestimmt hat.

Der Volksgauschuß behauptet weiter, daß die Genfer Lösung die kapitalistische Ausbeutung begünstigt. Ferner weist der Protest auf den Einzug der deutschen Mark hin. Deutschland werde die Erfüllung seiner Verpflichtungen erschweren, die Verhältnisse in Europa werden sich dadurch verschlechtern, die Einkünfte der Reaktion und des kapitalistischen Imperialismus immer mehr zunehmen.

In seinem zweiten Teil gibt der Protest der II. Internationale praktische Ratschläge, wie man dem „Uebel“ abhelfen könnte. Sich auf den Berner Beschluß stützend, fordert der Protest, Achtung des Volksabstimmungsergebnisses, sowohl hinsichtlich des Abstimmens als auch des Geistes. Bedächtig die Anwendung dieser Politik könne die Minderheiten bewegen, die Entscheidung anzuerkennen.

Der Volksgauschuß wendet sich hierauf an die Arbeiter ganz Europas, insbesondere an ihre Vertreter in den Parlamenten, damit sie erstreben: 1. die Anerkennung der Volksabstimmungen, 2. den Schutz der Minderheiten, 3. eine durchgreifende Revision der wirtschaftlichen Klauseln des Verfallers Vertrages.

Endlich verlangt der Protest die Aufnahme aller Staaten in den Völkerverbund und findet an, daß, wenn die sozialistischen Vertreter in den Parlamenten nicht instande sein werden, eine sofortige Änderung der Politik in der Richtung obenangeführter Weisungen zu sichern, es in Europa nicht nur keinen Frieden geben wird, sondern der Kriegsstau von neuen Organen fernern wird, die Arbeiterkämpfe finden werden und die Arbeiter größere Not erleiden werden als die, die das gegenwärtige Geschlecht gegenwärtig durchmacht.

Der Volksgauschuß der II. Internationale hat eine englisch-deutsche Mehrheit. Der obige Protest steht auch wie eine Abschrift der Resolution der deutschen Mehrheitssozialisten aus. Diefelbe Sorge um die deutschen Interessen, um die Ungerechtigkeit gegenüber den deutschen Kaufleuten und Beamten von Katowitz und Königshütte und anderes mehr.

Warum hat der Volksgauschuß der II. Internationale sich nicht bekümmert, als die polnische Mark immer mehr sank, als wenn Polen überhaupt kein integraler Teil Europas wäre? Warum sollte der Genfer Beschluß nur den Interessen des Kapitalismus entgegenwirken, während die Anerkennung ganz Oberschlesiens an Deutschland im Interesse des Sozialismus liegen würde? Würden die Reaktion und der imperialistische Kapitalismus nicht noch mehr eskalieren, wenn das polnische Volk unter preußischer Mark belassen würde? An dem Protest merkt man nichts von internationalen Sozialismus, der doch im Namen der Londoner Organisation figuriert.

Nach wunderlicher und unverständlicher ist der zweite Teil des Protestes, der Ratschläge gibt, wie man das Genfer Unrecht wieder gutmachen könnte. Will der Volksgauschuß wirklich, daß das Proletariat das Genfer Urteil nicht anerkenne und auf Grund der Weisungen, die der Volksgauschuß erteilt, seine Revision fordere?

Der Volksgauschuß ist noch „deutscher“ als die „Schiedsmänner“ Deutschlands, die trotz der Proteste und Klagen an eine Ablehnung der Genfer Entscheidung nicht denken.

Und welches sind diese Weisungen? — Die sozialistischen Fraktionen der Parlamente sollen, die Anerkennung der Volksabstimmung erzwingen. Das bedeutet, daß die deutsche Forderung, ganz Oberschlesien bei Deutschland zu lassen, unterstützt werden soll, was den Bestimmungen des Verfallers Vertrages widerspricht und was nicht einmal die deutsche Regierung offiziell zu verlangen wagt. Die zweite Forderung — Schutz der nationalen Minderheiten — unter der Bedingung des Be-

haltens des ganzen obereschlesischen Volkes unter deutscher Herrschaft ist derart, daß nicht nur die polnischen Sozialisten, sondern unzweifelhaft auch die anderen Staaten sie nicht unterstützen werden. Was die Revision der wirtschaftlichen Bestimmungen des Verfallers Friedensvertrages betrifft, so möge sich der Volksgauschuß vor allem an die englische Regierung wenden, die in dieser Frage mehr zu sagen hat, als die Regierungen aller übrigen Staaten zusammen. Aber wir müssen gegen die Vertagung dieser Frage mit der Frage der Anerkennung der Volksabstimmung, im Sinne der deutschen Forderungen Verwahrung einlegen.

Die Unmündigkeit der Forderungen des Protestes der II. Internationale tritt unsso trasser hervor, wenn man ihn mit dem Beschluß der Amsterdamer Nationalen vergleicht. Vertreter der Letzteren haben, nachdem sie die obereschlesischen Verhältnisse an Ort und Stelle vorurteilslos untersucht haben, in bedeutendem Maße zu der Beschlußfassung in Genf beigetragen. Und doch sind alle Mitglieder der II. Internationale gleichzeitige Mitglieder der Amsterdamer Internationale, die als eine Berufsorganisation in wirtschaftlichen Fragen erfahrener und maßgebender ist als die erste. Sollte Amsterdam etwa auch zugunsten der „Kapitalisten“ gehandelt haben? Sollte Genosse Albert Thomas, der sich um das Zustandekommen des Genfer Beschlusses sehr verdient gemacht hat und für den das Schicksal Hunderttausender des polnischen Volkes wichtiger war als das Schicksal der deutschen Eindringlinge aus Katowitz und Königshütte, zugunsten der Erstarkung der Reaktion und des kapitalistischen Imperialismus gearbeitet haben? Sollte das Organ der französischen Sozialisten, „Populaire“, das den Genfer Beschluß freudig begrüßt hat, das das Organ des Genossen Doubug, „Peuple“, das die Verdienste der Amsterdamer Delegation hervorhebt, oder endlich das ruhige, jedenfalls aber antinationalistische Verhalten der deutschen unabhängigen Sozialisten an dem internationalen Proletariat gesündigt und seine Prinzipien übertreten haben? Die Stellung der II. Internationale deckt sich im gegebenen Fall zum Teil mit der Stellung der Kommunisten, für die der Genfer Beschluß ebenfalls ein Sieg der Kapitalisten ist. Aber die Kommunisten fordern wenigstens eine Änderung dieses Beschlusses vermittels einer parlamentarischen Aktion, sondern verschleiben die Erledigung der obereschlesischen Frage bis zur Revolution.

Der Protest der II. Internationale aber, der die Unkenntnis des Sachverhalts mit der einseitigen Unterstützung der deutschen und englischen Interessen verbindet, ist im gegenwärtigen Augenblick eine schädliche Tat, da er nicht eine Verhütung der Verhältnisse und die Änderung des Streites zwischen Deutschen und Polen erstrebt, sondern im Gegenteil das Feuer in Oberschlesien entfacht und das Werk der teilweise Gerechtigkeit, wie es der Genfer Beschluß ist, zerstört kann.

Mögen die deutschen Nationalisten wegen des Genfer Beschlusses Europa mit einem neuen Kriege bedrohen und den wirtschaftlichen Ruin der ganzen Welt prophezeien, — aber wozu soll das führen, wenn die internationale Organisation, deren einstmalige Führer Bebel, Jaures, Kautsky, Viktor Adler, Keir Hardie waren, ein Wiederhall der Regimes und der Helfersdicks sein wird? (P. P.)

Nach der Teilung Oberschlesiens.

(„Naprob“, Krakau, vom 30. Oktober 1921, Nr. 246.)

Ueber die Teilung Oberschlesiens, schreibt der halbamtliche „Temps“: „Die Grenze, die neu gezogen worden ist, spricht Polen weder Beuten zu, das ihm für den Verfall zwischen dem nördlichen und dem südlichen Teil Oberschlesiens nötig ist, noch Hindernisse, wo die internationale Abstimmungskommission die Intelligenz der polnischen Gefühle selbst feststellte, noch Gleichheit, wo sich die Eisenbahnen schneiden, die die Deutschen zu einem Angriff auf den Industriebezirk benutzen konnten.“

So charakterisiert das Pariser Blatt die Nachteile, die Polen bei der Teilung Oberschlesiens betroffen haben. Ist dies alles? ... Zu dieser Frage wollen wir etwas später noch zurückkehren.

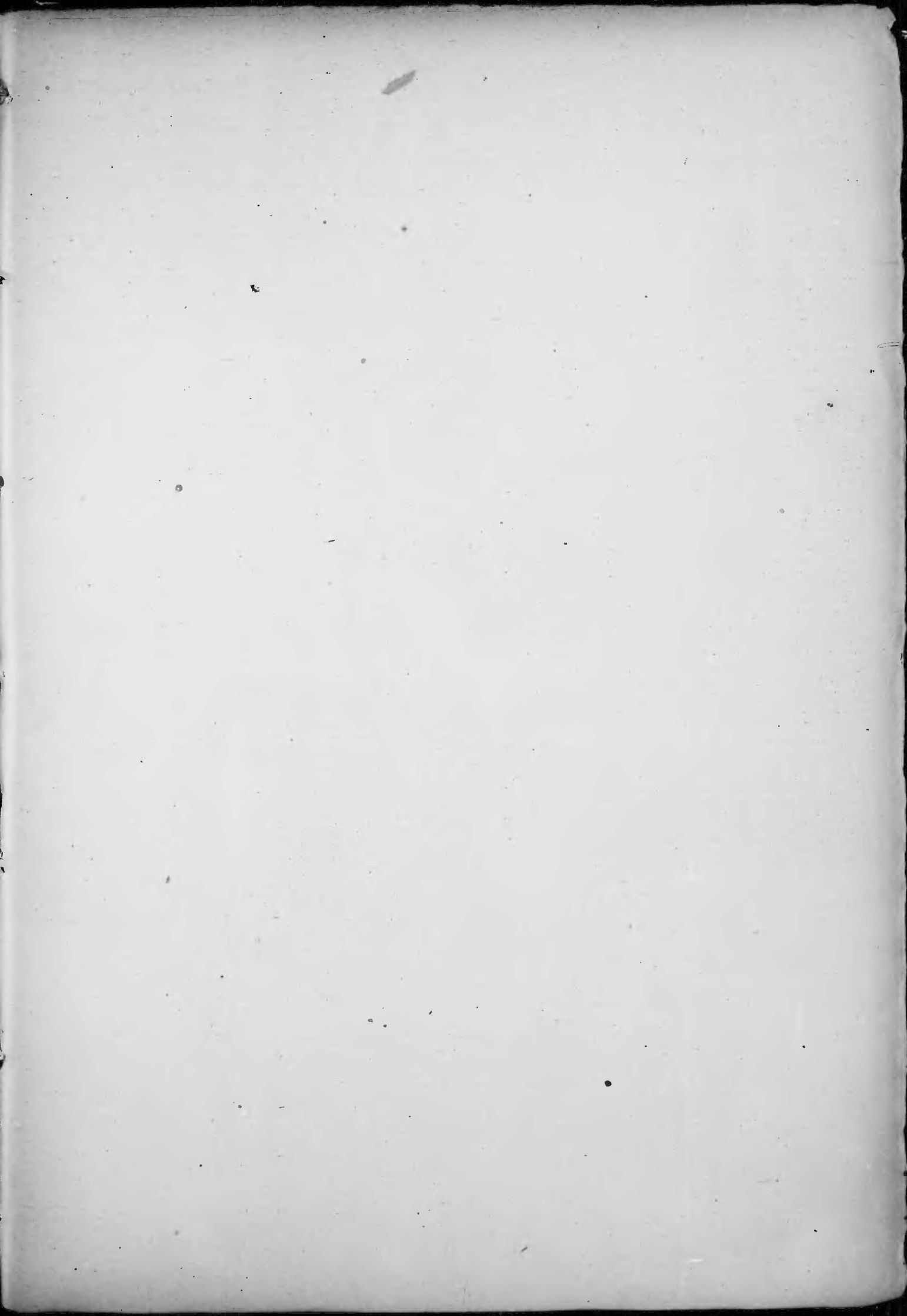
Die Vorteile aber? Der „Temps“ rechnet hier prozentual die uns schon bekannten Zahlen aus, wieviel Kohle, Koks, Stahl, Zinn usw. Polen erlangt.

„Was den zahlenmäßigen Stand der Bevölkerung betrifft, schreibt er weiter, so entspricht die Teilung nach Möglichkeit den Ergebnissen der Abstimmung. Polen hat 479 359 Stimmen erhalten und wenn man die Stimmen der Auswanderer in Abzug bringt, so bilden die polnischen Stimmen 47 Prozent der Gesamtzahl. Polen erhält ein Gebiet, das von 500 800 Wotanten bewohnt ist und diese Bevölkerung beträgt im Verhältnis zur Gesamtzahl der Einwohnerzahl im Abstimmungsgebiet 48 Prozent. König Salomo hätte auch nicht besser entscheiden können.“

Dies behauptet der „Temps“. Indessen sollte der Völkerverbund ein kompromittiertes Urteil, nicht ein „falschmännliches“ abgeben und hat es auch getan.

Denn die Idee der Volksabstimmung selbst stütze sich auf die falsche Voraussetzung, daß jeder Einwohner des umfrittenen Gebietes schon einen vollständig klar ausgearbeiteten nationalen politischen Begriff hat, daß es überhaupt keine Stadien der Bildung eines Nationalgefühls gibt, daß überall nur vollständig reife Formen bestehen, ferner, daß jeder Bürger in gleichem Maße unabhängig ist und daß er niemandes Rache für die Art seiner Stimmabgabe fürchtet, daß das Abstimmungsgebiet von den auf ihm lastenden Einflüssen der Partei vollständig befreit ist, die vor der Abstimmung der Volksabstimmung die Gewalt dort inne hatte, daß der Kampfplatz für dieses „Turnier“ ausgebeutet worden ist, daß niemand über irgendwelche Hindernisse stolpern konnte. Nichts ähnliches gab es in Oberschlesien! Es wurde im polnischen Sinne besser in den Industriebereichen gestimmt, obgleich diese stärker vom Deutschland unterworfen waren, als in den landwirtschaftlichen Gegenden, wo weniger Deutsche gezählt wurden, wozu aber die polnische Bewegung nicht in dem Maße wie dort gelangte. Denn nicht umsonst strengte sich die preussische Regierung an, als sie die Wiedergeburt dieses polnischen Gebietes wahrnahm, um sie hermetisch gegen die polnischen Einflüsse zu verschließen, um die wachsende polnische Bewegung zu lähmen. Diese nationale Auffassung aber schritt vor, trotz der Germanisierung in den Kirchen und Schulen, trotz des Druckes von Seiten der Regierung und der Kapitalisten.

Eine unabhängige Institution, die wie der Völkerverbund keinen Kompromiß auf Grund schwacher Abstimmungszahlen machen soll, und die es befreit, daß heut gezogene Grenzen einer Revision nicht mehr unterworfen werden, würde es nicht als den Gipfel der Gerechtigkeit ansehen, ihr Urteil der Proportion der Zahlen im Abstimmungsgebiet anzupassen, einer Proportion, die auch aus dem Grunde fehlerhaft ist, weil in der Gesamtzahl der deutschen Stimmen auch die zwei Kreise enthalten waren: des Kreises Vörschütz, eines nicht polnisch schlesischen, der zu den polnischen Einflüssen angeblich unter Einfluß strategischer Kombinationen angehängt wurde, in der Zeit, als man in Versailles



die Banden des Gebiets zusammen stellte, das an Polen sofort fallen sollte — und des Kreises Kreuzburg mit einem mehr als andere Gegenden germanisierten Charakter. Hier wurde — mit geringen Ausnahmen — geschloffen für Deutschland bestimmt. Auch im Kreise Leobischitz entspricht dies vollkommen den dortigen ethnographischen Verhältnissen. ... Weshalb sollte irgend eine Leobischitzer Zahl auf der gesamten obereschlesischen Wagschale lasten, das polnische Verhältnisse verschimmern, wenn der Kern dieses Kreises historisch ein Rückfall im Gebiet des Pfaffen-schlesiens ist, ebenso wie es Troppau im Teschener Gebiet war.

Unter der Herrschaft der Böhmen ist aus dem Gesicht des böhmischen Königs an einen unehelichen Sohn ein kleines Fürstentum entstanden, das sich später an Schlesien angegliedert hat, und in zweifacher Weise eine fatale Rolle spielte, besonders da es den Tschechen einen Rückhalt gab, als diese ihre Hände nach den polnischen Gegenden im Teschener Schlesien ausstreckten.

Wollen wir aber zum „Temps“ zurückkehren.

Im seinen salomonischen Vergleich antwortend, schreibt er weiter: „Das Urteil Salomons hat ein Leben gevierteilt, dies aber waren die alliierten Regierungen, die geschäft vom Völkerbund geleitet wurden, zu verhindern bemüht. Sie sind der Ansicht, daß Deutschland und Polen ein Abkommen einzugehen haben, um, im beiderseitigen Interesse die Ununterbrochenheit des Wirtschaftslebens in Oberschlesien, sowie den Minderheitschutz zu verbürgen“. Ueber die Kaufleute, die in diesem Abkommen figurieren sollen, könnte man ohne Ende diskutieren. Wenn die Festsetzung z. B., die die Eisenbahntarife betrifft, für Polen vorteilhaft ist, so ist offensichtlich, daß eine andere Bestimmung, die weit wichtiger ist, nämlich die, die die Enteignung der Gruben- und Hüttenwerke im Laufe von 15 Jahren verbietet, die deutschen Interessen stark begünstigt. In einer derartig konfliktuellen Angelegenheit aber muß man sich vor allzu leichten und übereilten Urteilen hüten. So konnte man z. B. zur Ansicht neigen, daß die alliierten Regierungen ein außerordentlich großes Privileg den Deutschen zubilligen, wenn sie bestimmen, daß die deutsche Mark im Laufe von 15 Jahren das einzige gesetzliche Zahlungsmittel in Oberschlesien ist. Dennoch wird diese Bestimmung von der „Wost. Ztg.“ als den deutschen Interessen widersprechend hingestellt. (Nicht der „Temps“ nicht in Erwägung, daß das deutsche Blatt, in seinen Berechnungen getäuscht, daß die Proktion der Mehrheit der Entente für Preußen das ganze Kohlenbecken retten würde, möglichst viel kritisiert, damit möglichst viel Stöhnen und Zähneklappen zu hören sei? Dabei ist die deutsche Taktik zu beweißen bemüht, daß die Entscheidung des Völkerbundes rechtlos ist und mit dem Versailles Vertrag nicht übereinstimmt, der keine deutsch-polnischen Verträge vorsieht. Die Red.) Ebenso nahm man an, daß die Alliierten grundlos die deutsche Sozialdemokratie begünstigten, indem sie bestimmten, daß die bestehenden Berufsverbände für die Dauer von 15 Jahren anerkannt werden und Kollektivverträge, die die Arbeit betreffen, für beide Teile Oberschlesiens schließen werden können. Es stellt sich aber heraus, daß diese Bestimmung gerade von den Polen unterworfen worden ist.“

Hier wundern wir uns tatsächlich darüber, worüber sich der „Temps“ wundert?

Denn das Pariser Blatt nimmt an, daß die deutsche Sozialdemokratie die polnischen Arbeiter organisatorisch umfaßt, und sie leitet, oder daß die polnischen Arbeiter an verschwindernder Minderheit vorhanden sind. Und er wundert sich, daß Polen diesen Zustand auf seiner Seite verlängern will. Oder es begreift es nicht, weshalb ein großer Prozentsatz der polnischen Arbeiter jenseits der Grenze zurückbleibt und daß diese Polen, und zwar die tüchtigsten, am leichtesten gerade zum Gegenstand der Schikane und böswilliger Entlassungen werden könnten, wenn man sie der Möglichkeit berauben würde, sich auf ihre Organisation stützen zu können.

In Oberschlesien waren und sind die Pfeiler des Polentums die Arbeiter und daher würden die deutschen Wähe am liebsten in sie einschlagen.

Dies würde zur Genüge erklären, daß eine ähnliche Initiative von Seiten Polens ausgehen könnte.

Polen könnte ja nicht mit Revanche an deutschen Arbeitern drohen, die sich auf polnischer Seite befinden werden. Sowohl deshalb, weil solch eine Nachsicht, die auf unschuldige Leute übertragen wird, nur die äußersten Rechte befriedigen würde, als auch deshalb, weil der Kapitalist der Grubenwerke und der Fabriken sich im Einvernehmen mit der Regierung zu rächen imstande sein wird, dieser ist auf polnischer Seite in Oberschlesien ebenso Deutscher wie jener, der bei Deutschland verblieben ist. (P. P.)

Die polnische sozialistische Presse Oberschlesiens gegen Korfanty, der es liebt, sich in die Toga des Diktators zu kleiden und der während des Ruftandes erklärte, daß man nur mit der Faust regiert.

(„Gazeta Robotnicza“, Katowitz, vom 1. November 1921, Nr. 243.)

Weltrauch für Korfanty.

Nach Veröffentlichung der Entscheidung des Völkerbundesrates in der obereschlesischen Frage ist auch der Name Korfantis wieder aufgekauft. Nicht bei uns in Oberschlesien, sondern in Polen und Warschau. Das wundern uns nicht. Polen ist die Hochburg der polnischen Reaktion und der Söhne Dombor-Musnickis und in Warschau hat unlängst der polnische Klerus dem demokratischen Polen den Krieg erklärt. Dies charakterisiert zur Genüge die Richtlinien der künftigen Politik Korfantis. Es gab Zeiten, wo Korfanty ein verbissener Feind jener war, die ihn heute vergöttern. Über diese Zeiten liegen weit hinter uns. Seit dieser Zeit hat sich Korfanty sehr geändert, ebenso wie sich seine politische Überzeugung und sein Verhältnis zur Nationaldemokratie geändert hat.

Dieser Gefinnungswechsel Korfantis ist keine einzig dastehende Erscheinung. Auch in anderen Staaten finden wir Politiker und Staatsmänner, die aus dem äusserst linken Lager in das äusserst rechte übergegangen sind. Es genügt an einige Namen aus der Geschichte der letzten Decennien zu erinnern. Jeder Staat hat solche Abtrünnige zur Genüge. Zu ihnen gehört auch Korfanty. Als der dritte Aufstand ausbrach, ernannte sich Korfanty selbst zum Diktator. Diktator sein heißt Herr über Leben und Tod aller Bürger zu sein. Diktator ist daselbe wie Absolutismus. Die Proklamierung der Diktatur in Oberschlesien während des dritten Aufstandes war ein großer Unfug. Nichts erforderte die Anwendung dieser radikalen Regierungsform. Es muß allerdings bemerkt werden, daß die Diktatur Korfantis nur eine formelle war, denn in Wirklichkeit dachte er an die Einführung dieser Regierungsform nicht, von Eingefallen abgeben. Korfanty wählte nur allzugut, wer in Oberschlesien ausschlaggebend ist. Obgleich aber die Diktatur Korfantis im Innern nur eine Fiktion war, hat sie uns nach außen hin ungemein geschadet, vor allem in der Meinung der Arbeiterklasse des Westens. Wir erinnern nur an die Äußerungen der sozialistischen, englischen und französischen Presse. In erster Linie der französischen, von der doch soviel abhing. Zahlreiche ausländische Korrespondenten („Populaire de Paris“ und andere), die während des Aufstandes in Oberschlesien weilten, haben uns, polnischen Sozialisten, die wir den dritten Aufstand als einen Teil des Befreiungskampfes von der Bedrückung des deutschen Kapitals betrachteten, wegen dieser Diktatur Vorwürfe gemacht. Dieses diktatorische Abenteuer hat uns in der Meinung des westlichen Proletariats ungemein geschadet. Es bedurfte großer Anstrengungen seitens unserer Genossen, um die Sozialisten des Auslandes von dem wirklichen Sachverhalt zu überzeugen. Korfanty liebt, sich in die Toga des Diktators zu kleiden. Kennzeichnend waren seine Worte, die er während des Aufstandes ausgesprochen hat, daß nur mit der Faust regiert wird. Zum Glück waren es nur Worte.

Der Aufstand als solcher ist nicht das ausschließliche Verdienst Korfantis, wie dies St. Stronski in der „Nacjonalpolita“ vom 28. Oktober darzustellen sucht. Stronski spricht von dem geliebten und verehrten Führer, der sich an die Spitze des Aufstandes stellte. Eine ähnliche Behauptung kann nur ein Reaktionsär aufstellen, der Korfanty schon jetzt den Weg ebnet möchte. Es darf unter keinen Umständen die günstige Erledigung der obereschlesischen Frage ausschließlich auf das Konto des dritten Aufstandes gestellt werden.

Die günstige Wendung in der obereschlesischen Angelegenheit ist in erster Linie der intensiven Arbeit der Sozialisten zu verdanken. In genügender Weise beleuchtet diese Frage M. Niedzialkowski in seinem Artikel „Erfahrungen“ im „Robotnik“. Wahrscheinlich hat der Artikel des Herrn Stronski in der „Nacjonalpolita“ zur Aufgabe, den Eindruck der Ausführungen Niedzialkovskis zu schwächen. Stronski operiert mit sehr zweifelhaften Argumenten, die seine Ausführungen beweisen sollen. Es liegt uns aber wenig daran, darüber zu streiten, wer die Interessen Oberschlesiens am besten vertreten hat, ob es Fürst Sapieha, Paderewski, Dmowski, Graf Janowski oder andere waren. Wir in Oberschlesien wissen nur, daß diese

Herrn großes Unglück über uns brachten, da die Nachschiffe dieser Nichtstuer uns sehr den Kampf um die Befreiung erschwerte.

Unzweifelhaft hat sich Korfanty auf nationalem Gebiete sehr verdient gemacht. Wir wollen auch Korfanty eine reiche Erfahrung und große Fähigkeiten nicht abschreiben. Aber wozu diese Vergötterung Korfantis durch die Nationaldemokraten? Während der letzten großen Versammlung in Polen wurden Korfanty stürmische Ovationen dargebracht. Er wird in der rechtsstehenden Presse als künftiger Premierminister genannt. Heute widmet ihm Stronski in der „Nacjonalpolita“ einen Artikel, in dem er ihn als den größten obereschlesischen Helden feiert. Glaubt die Nationaldemokratie etwa mit Hilfe Oberschlesiens ihre Pläne zu verwirklichen? Wir wissen es wohl, daß sie mit Hilfe Korfantis solche politische Bankrotteure wie Paderewski und Dmowski wieder auf die politische Arena Polens bringen möchte. Die Nationaldemokraten mögen aber nicht vergessen, daß in Oberschlesien ein Arbeitervolk lebt, das gegen alle Gefährte der Reaktion eine geschlossene Front bilden wird. Das Ideal des Diktators Korfanty und seiner Genossen Dombor-Musnicki, Dmowski, Paderewski und der übrigen reaktionären Clique ist nicht unser Ideal. (P. P.)

Kurze Nachrichten.

Das Banditenunwesen wütet im ganzen polnischen Lande.

(„Stacja wojany Kurier Godzienny“, Krakau, v. 31. Oktober 1921, Nr. 29.)

Die Nachrichten, die aus dem Gouvernement Lublin eintröffen, stellen fest, daß die dortigen Gegenden eine webrlose Beute der Räuberbanden sind. In der Umgegend von Arzank, Bychowa, Zakrzewel sind die Menschen wieder ihres Lebens noch ihres Eigentums sicher und es gibt keine Nacht, in der kein Raubüberfall verübt worden wäre. Die Banditen sind stark und fürchten sich vor niemand. Sie überfallen dreist sogar stark bewohnte und besetzte Dörfer.

Die Einwohner der Kreise Lublin und Sanow wandten sich um Hilfe an den Minister des Innern. Bezeichnet ist, daß sie aus Furcht vor den Banditen ihre Namen nicht angegeben haben.

In ihrem Aufrufe sagen wir:

„Der Herr Minister bestrebe zu sagen, daß das Banditenunwesen liquidiert ist. Diese Erklärung sichert uns nicht im geringsten ruhige Nächte und wir bitten den Herrn Minister sich von der Sachlage überzeugen zu wollen, vielleicht werden dann seine goldenen Worte zur eisernen Tat.“

Mit denselben Ansprüchen treten an den Herrn Minister Domborowicz auch andere Bürger des Landes heran. Der Herr Minister spricht schöne Worte zu uns, freut uns Sand in die Augen und erzählt vom niedergedrückten Banditenunwesen, das in Wirklichkeit im ganzen Lande ungestraft wütet. Aus jedem Winkel Polens laufen ähnliche Nachrichten wie aus dem Kreise Lublin ein.

Bei uns in Krakau werden Leute auch auf den Straßen überfallen und beraubt, es wird in Wohnungen eingebrochen. Und in Warschau, in der nächsten Nähe des Herrn Ministers? Wir würden statt der wertlosen Beruhigungen des Herrn Ministers, die nicht ein einziges von den Banditen geraubtes Portemonnaie retten können, Laten vorziehen, zu denen sich dieser Minister, dem man den Beinamen eines Ungeheuers geben könnte, nicht aufschwingen kann. Für den Kampf mit dem Banditenunwesen müssen Standgerichte verhängt und Ausnahmegesetze erlassen werden. Nichts Ähnliches wird unternommen. Was machen Sie, Herr Minister des Innern? (P. P.)